

Dr. Wilhelm Adamy

Berlin, Oktober 2009  
AMP- ad/schä  
G:\AIS\Reden  
Artikel\ArtRedenWA\2009\Jugendarbeitslosi  
gkeit.doc

### **Jugendarbeitslosigkeit**

- 1) Die Krise trifft Jugendliche besonders stark. Ihre Arbeitslosigkeit stieg von August 08 bis August 09 doppelt so stark wie die Arbeitslosigkeit insgesamt (+ 16,8 %). Dieser Anstieg konzentriert sich ausschließlich auf die alten Bundesländer, was hier bereits zu einem Anstieg um 28,2 % führte.
- 2) Die Zuwächse bei der Jugendarbeitslosigkeit sind besonders stark in der Altersgruppe der 20 – 24-Jährigen. Im Westen hat sich die Arbeitslosigkeit hier bereits um 34 % erhöht. Dies ist vorrangig auf die Übergangsprobleme nach Abschluss der beruflichen Ausbildung zurückzuführen. Junge Beschäftigte werden entweder nicht übernommen oder nur kurzfristig beschäftigt (oft in Leiharbeit), so dass sie in der Krise schnell arbeitslos werden. Selbst in den vergangenen Jahren haben nur knapp zwei Drittel der Ausbildungsabsolventen anschließend im Ausbildungsbetrieb gearbeitet. Nicht übernommene Jugendliche müssen häufig den Beruf wechseln, werden eher arbeitslos und müssen oftmals Einkommenseinbußen hinnehmen. Gerade in der aktuellen Krise droht sich ihre Zahl deutlich zu erhöhen.
- 3) Wie hoch das Risiko der Arbeitslosigkeit ist, zeigt auch die überdurchschnittlich hohe Arbeitslosenquote in dieser Altersgruppe. Sie erhöhte sich im Westen für die 20 – 24-Jährigen von einer Quote von 7,1 % im August 08 auf 9,4 % im letzten Monat. Die Arbeitslosenquote für alle zivilen Erwerbspersonen lag demgegenüber im Westen bei 7,1 %. Im Osten erhöhte sich die Arbeitslosenquote in den letzten 12 Monaten in dieser Altersgruppe hingegen nur minimal um 0,3 Prozentpunkte auf 15,8 % gegenüber einer Quote von 12,8 % für alle Arbeitslosen. In Ost und West sind diese Jugendlichen stärker von Arbeitslosigkeit betroffen als Arbeitslose insgesamt.

- 4) Von der Krise sind bisher insbesondere die südlichen Länder betroffen. In wie starkem Maße Jugendliche dabei zu Opfern der Krise werden, zeigt exemplarisch Baden-Württemberg. Im vormaligen Musterländle hat sich die Arbeitslosigkeit der 20 – 24-Jährigen innerhalb eines Jahres bereits um 65 % erhöht und damit auch hier doppelt so stark wie die Arbeitslosigkeit in Baden-Württemberg insgesamt. Bei den von der Arbeitslosenversicherung betreuten Heranwachsenden stieg die Arbeitslosigkeit sogar um 77 % und im Hartz IV-System um mehr als ein Drittel (36,2 %).
- 5) Die offizielle Arbeitslosigkeit der Jugendlichen zeigt nur einen Ausschnitt ihrer beruflichen und sozialen Integrationsprobleme. Neben den rund 225.000 arbeitslosen Jugendlichen im Hartz IV-System gibt es nochmals rund 700.000 Jugendliche unter 25 Jahren, die auf Leistungen der Grundsicherung für Erwerbslose angewiesen sind, ohne arbeitslos zu sein. Bundesweit ist jeder zehnte Jugendliche auf Hartz IV angewiesen. Viele Jugendliche erfahren die gesellschaftliche Spaltung bereits in jungen Jahren und machen Erfahrung mit dem Fürsorgestaat, noch bevor sie in der Arbeitswelt fest Fuß fassen können. Diese Jugendlichen sind oftmals auch deshalb hilfebedürftig, weil andere Familienmitglieder arbeitslos sind oder die finanzielle Lage des Haushalts insgesamt sehr schwierig ist. Rechnet man die von der Arbeitslosenversicherung betreuten 226.000 Jugendlichen zwischen 15 und 24 Jahren hinzu, so summiert sich die Zahl der Jugendlichen bereits auf 1,1 Mio., die arbeitslos und /oder auf Hartz IV angewiesen sind.
- 6) Die PISA-Studien haben gezeigt, dass Bildungsarmut bei uns mehr noch als in vielen Nachbarländern häufig vererbt wird. Es verwundert daher nicht, dass fast jeder vierte arbeitslose Jugendliche im Hartz IV-System keinen Berufsabschluss hat und selbst in der Arbeitslosenversicherung noch 7 Prozent. Hartz IV-Bedürftigkeit bei Jugendlichen darf aber keinesfalls mit niedrigem Bildungsabschluss gleichgesetzt werden; denn immerhin ein Drittel der arbeitslosen Jugendlichen im Hartz IV-System hat die Mittlere Reife oder Fachhochschulreife bzw. Abitur.
- 7) Arbeitsmarkt- und sozialpolitische Integrationsmaßnahmen müssen den unterschiedlichen Lebensumständen der Jugendlichen besser Rechnung tragen als bisher. Individuelle und kreative Ansatzpunkte sind gefragt, die die gesamten Lebensumstände einschließlich des sozialen Netzwerks in den Blick nehmen. Bei einer massenhaften Zuweisung in 1-Euro-Jobs ist ein Scheitern hingegen häufig vorprogrammiert. Gefragt sind neue Formen von Arbeiten und Lernen, die auch

schulmüden Jugendlichen Mut machen können. Neue Formen praxisorientierter Qualifizierung sind notwendig. Dringend ausgebaut werden muss ebenso die „nachgehende Betreuung“, um einen kurzfristigen Abbruch von Fördermaßnahmen möglichst zu verhindern und stabile Beschäftigung zu fördern.

- 8) Präventive-, sozial- und bildungspolitische Ansatzpunkte sind gefragt, die längerfristig weit wirksamer und erfolgreicher sind als kurzfristige kurative Maßnahmen. Dies wird aber nur dann gelingen, wenn die unterschiedlichen Politikbereiche besser zusammen wirken und auch die Bildungspolitik der Länder einen besseren Beitrag leistet, um auch Jugendliche besser vorzubereiten für die Herausforderungen der Arbeitswelt. So muss die beim Bildungsgipfel vereinbarte Halbierung der Schulabbrecherzahl durch einen verbindlichen Fahrplan, wer was bis wann macht, konkretisiert werden. Die Länder müssen aktiv werden und für ihren Bereich in die Nachweispflicht genommen werden. So muss die Sprachförderung für benachteiligte Jugendliche sowie das Nachholen des Hauptschulabschlusses gleichfalls ausgebaut werden. Die verbesserten Möglichkeiten zum Nachholen des Hauptschulabschlusses müssen dringend auf eine Steuerfinanzierung umgestellt werden. Denn bisher sind es nur die Beitragszahler zur Arbeitslosenversicherung, die neben den Betroffenen selbst für schulische Versäumnisse nachträglich aufkommen müssen.
- 9) Angesichts der nach wie vor bestehenden Ausbildungsnot Jugendlicher dürfen die Ausbildungs-Sonderprogramme von Bund und Ländern nicht länger zurückgefahren werden, sondern müssen dringend aufgestockt werden. Die eingesetzten Bundes- wie Ländermittel haben sich von 1998 und 1999 bis 2008 bereits halbiert. Dieser negative Trend muss dringend umgekehrt werden.
- 10) Der gewerkschaftlichen Forderung nach Einbeziehung von Ausgelernten und befristet Beschäftigten in die geförderte Kurzarbeit ist der Gesetzgeber inzwischen nachgekommen. Bisher dürfte die Zahl der so geförderten Jugendlichen aber allenfalls im niedrigen vierstelligen Bereich liegen. Zusätzliche Initiativen sind dringend erforderlich, um die Chancen dieser Förderung auch tatsächlich zu nutzen. Denn Arbeitslosigkeit nach erfolgreicher Berufsausbildung wird häufig immer noch zu einem besonderen Risiko für den weiteren Erwerbsverlauf, da die erlernten Fähigkeiten schnell wieder verloren gehen. So sinken mit der Dauer der Arbeitslosigkeit die Chancen deutlich, eine Stelle im erlernten Beruf zu finden.

- 11) Prüfwert sind ebenso regionale und möglichst auf Branchen bezogene Qualifizierungs- oder Auffanggesellschaften bzw. Transfer-Gesellschaften gezielt für Ausbildungsabsolventen. Den regionalen Sozialparteien muss dabei ein Beteiligungsrecht eröffnet werden. Für die Dauer der Krise könnten die möglichst gemeinnützigen Träger gezielt als Beschäftigungsbrücke für ausgebildete Jugendliche genutzt werden, die nicht übernommen und nicht in eine alternative Beschäftigung vermittelt werden können. Aufgabe der branchenspezifischen Träger sollte es sein, praxisorientiert Weiterqualifizierung und Beschäftigung in Betrieben der Region sinnvoll zu verknüpfen. Auch der gemeinnützige Verleih innerhalb einer Branche könnte eröffnet werden, soweit Branchentarife eingehalten und Lohndumping verhindert wird. Zusätzliche Beschäftigungsbrücken sind notwendig, damit sich die Integrationsprobleme und Schwierigkeiten von Jugendlichen beim Berufseinstieg in nächster Zeit nicht noch verschärfen.
- 12) Insbesondere un- und angelernte Jugendliche brauchen eine zweite Chance zum Nachholen von Schul- und Berufsabschlüssen, egal aus welchem Grund sie die erste Chance nicht genutzt haben oder haben nutzen können. Wird damit Ernst gemacht, darf es nicht nur ein Bafög für Studenten und angehende Meister geben. Wir brauchen ein Erwachsenen-Bafög, denn lebenslanges Lernen muss die Möglichkeit beinhalten, Schul- und Berufsabschlüsse nachzuholen. Dafür braucht es ein abgestuftes System von staatlichen Zuschüssen und Darlehen.
- 13) Die BA-geförderte Altersteilzeit sollte verlängert werden, weil sonst bei betrieblichem Einstellungsstopp Jüngere vielfach geringe Einstellungschancen haben. Altersteilzeit kann durchaus in der aktuellen Krise eine Brücke in Beschäftigung für Jüngere und zugleich in einen Ruhestand in Würde für Ältere sein. Sie sollte stärker auf die Einstellung von Azubis fokussiert werden.
- 14) Damit gerade junge Menschen in den Schutz der Arbeitslosenversicherung gelangen, muss die Rahmenfrist für den Anspruch auf Arbeitslosengeld wieder von zwei auf drei Jahre verlängert werden. Das erleichtert für Beschäftigte mit Kurzzeit-Verträgen die Chance auf Arbeitslosengeldbezug und hilft, sie besser vor Armut zu schützen.